



- Welches Testament ist das richtige für mich?
- Falsche Rentenbescheide sind keine Seltenheit
- Mietrechte im Altbau

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 27. Februar 2013

68. Jahrgang/Nr. 49 • Berlinausgabe 1,70 €

STANDPUNKT

Kein zweites Griechenland

Von Katja Herzberg

Als Italien im Sommer 2011 massiv von den Finanzmärkten unter Druck gesetzt wurde, rutschte nicht nur der Mittelmeerstaat vollends in die Rezession. Die gesamte Eurozone geriet in eine Krise, die ihr Fortbestehen infrage stellte. Bald schon sollten wie in Griechenland einzig die Sparpolitik herrschen und vorgezogene Neuwahlen nötig werden. Nun, nach der Parlamentswahl, droht Italien erneut Griechenland zu folgen.

Als dort nämlich im vergangenen Mai keine regierungsfähige Mehrheit zustande kam, wurde flugs sechs Wochen später einfach noch einmal an die Urnen gerufen. Mit bekanntem Resultat: Das Linksbündnis SYRIZA und die Konservativen der Nea Dimokratia gingen gestärkt aus der Wahl hervor. Zum Regieren reichte es für die Linke aber nicht. Das gleiche Szenario droht Italien. Neuwahlen bei der jetzigen Enttäuschung in EU-Europa über die Stimmen für Silvio Berlusconi und Beppe Grillo könnten die Populisten noch stärken.

Dabei haben viele Italiener ihre Bereitschaft zu einem Reformkurs gezeigt – Pier Luigi Bersanis Bündnis erhielt in beiden Parlamentskammern die relative Mehrheit der Stimmen. Sie haben aber gegen das weitere eiserne Sparen à la Merkel gestimmt. Für Europa könnte sich dieses Wahlergebnis noch als Chance herausstellen. Es lässt zunächst alle Türen offen – auch für einen Kurswechsel in der unsozialen Krisenpolitik der europäischen Staats- und Regierungschefs. Italien könnte schaffen, was Griechenland verwehrt blieb.

Ohne Knoten

»Aktion Aufschrei« protestiert gegen deutsche Rüstungsexporte



Berlin (nd). Es ist eines der bekanntesten Kunstwerke der Gewaltlosigkeit: der vom Schweden Carl Fredrik Reuterswärd geschaffene Revolver mit dem zugeknöteten Lauf. Ein Exemplar steht vor dem UN-Gebäude in New York, ein weiteres hatte Reuterswärd der Bundesregierung 2005 als Anerkennung für ihre Nichtbeteiligung am Irakkrieg geschenkt.

Verdient hat die aktuelle schwarz-gelbe Koalition das Symbol der Friedenssicherung nach Ansicht der Kampagne »Aktion Aufschrei

– Stoppt den Waffenhandel!« jedoch so wenig wie ihre Vorgänger. Am Dienstag stellten Aktivisten deshalb eine Waffen-Skulptur mit entknötetem Lauf vor das Kanzleramt: ein symbolischer Protest gegen den drittgrößten Waffenhändler der Welt.

»Bundesregierungen aller Couleur« hätten »im Namen der Menschenrechte« viele Waffenexporte genehmigt und auch »autoritäre Regime durch Rüstungsexporte und Ausbildungshilfen« aufgerüstet, kritisierte die Gene-

ralsekretärin von Pax Christi, Christine Hoffmann. Monty Schädel, der Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft DFG-VK, sprach von einer »menschenfeindlichen Politik«. An der Kampagne gegen Rüstungsexporte sind kirchliche und weltliche Friedensorganisationen beteiligt, darunter die deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges sowie die Naturfreunde Deutschlands.

Foto: dpa/Maurizio Gambarini

Regierung will ans Schiefergas

Gesetzentwurf regelt umstrittene Fracking-Technik

Berlin (nd/Agenturen). Die Bundesregierung hat sich auf eine Regelung für die umstrittene Erdgasgewinnung aus weniger ergiebigen Gesteinsschichten geeinigt, das sogenannte Fracking. »Mit dem Gesetzentwurf wird Fracking in Trinkwasserschutzgebieten grundsätzlich verboten, und für alle anderen Bereiche wird es strenge Umweltverträglichkeitsprüfungen geben«, betonte Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) am Dienstag in Berlin nach einer Einigung mit Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP). Anders als bisher im Bergrecht geregelt, soll laut Altmaier der Genehmigung von Fracking-Anträgen eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorangehen. Bei dieser Technik der Gasförderung wird mit einem Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien das Gestein so aufgebrochen, dass das Erdgas durch Risse im Gestein entweichen kann. Die größten Vorkommen für diese Fördertechnik liegen in Niedersachsen und Teilen Nordrhein-Westfalens.

Zwar sollen die von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe geschätzten Schiefergasvorkommen in Deutschland den heimischen Gasbedarf für 27 Jahre decken können. Da aber 14 Prozent der Landesfläche als Wasserschutzgebiete ausgewiesen sind, ist das Potenzial nach Angaben des Umweltbundesamtes weit geringer. Der am Fracking interessierte Chemiekonzern BASF begrüßte den Entwurf. »Das ist wichtig für unsere Branche«, sagte Konzernchef Kurt Bock.

Kritik gab es von SPD, LINKE, Grünen und Piraten. Der Bundesrat hatte gefordert, den Einsatz umweltgefährdender Substanzen beim Fracking zu verbieten, bis die Risiken restlos geklärt sind. Die Vorsitzende des Bundestags-Umweltausschusses, Eva Bulling-Schröter (LINKE), monierte: »Durch das Gesetz werden einer extrem risikobehafteten Technologie Tür und Tor geöffnet.« Schleswig-Holsteins Umweltminister Robert Habeck (Grüne) sprach sich für ein Frackingverbot aus, während die Kieler Piraten-Fraktion Beschwerde bei der EU-Kommission führt.

Kommentar Seite 4

Unten links

Als **Verbraucher** hat man es heutzutage nicht leicht. Man soll unbedingt immer das Kleingedruckte lesen, nur um irgendwann festzustellen, dass viel wichtiger das Nichtgedruckte ist, in dem man die ganze Wahrheit finden könnte. Das ist anstrengend und frustrierend; stressgeplagte Zeitgenossen brauchen aber einfache, handliche Strategien. Am besten (um angesichts von Pferdefleisch und Lügeneiern beim Thema Lebensmittel zu bleiben) kauft man das widerlichste, billigste, unansehnlichste, geschmackloseste Zeug. Den letzten Dreck aus dem Billigfräb-Regal. Knorpelpastete, Sehnenragout, solche Sachen. Das erspart viele Enttäuschungen. Wo Billigfräb draufsteht, ist mit sehr großer Sicherheit auch Billigfräb drin. Offen, ehrlich, transparent: So soll die Verbraucherinformation doch sein. Und wer dennoch das Kleingedruckte studiert und dann liest »Dieser Fischmehlrestepresswürfel könnte Spuren von Hummer enthalten« – der kann nur positiv überrascht werden. wh

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise Tschechien 65/75 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



Italien wählte den Stillstand

Mitte-Links-Bündnis auf der Suche nach Koalitionspartner im Senat

Von Katja Herzberg

Italien steht nach der Parlamentswahl ohne klare Mehrheiten vor einer Hängepartie bei der Regierungsbildung.

»Gegen uns geht es nicht mehr«, äußerte Beppe Grillo am Dienstag im Internet nach dem spektakulären Wahlerfolg seiner »Bewegung der Fünf Sterne« (M5S) und fasste damit wohl am besten das Ergebnis der italienischen Parlamentswahl von Sonntag und Montag zusammen. Denn gleich drei, statt in der Vergangenheit zwei, große Blöcke stehen sich im heutigen italienischen Parlamentarismus entgegen.

Neben Grillos 25-Prozent-Partei zählt dazu noch das rein numerische Gewinner-Bündnis von Demokraten-Chef Pier Luigi Bersani (mit 29,54 Prozent im Abgeordnetenhaus und 31,63 Prozent im Senat stärkste Kraft) und der wiederauferstandene Silvio Berlusconi mit seinem »Volk der Freiheit« sowie der Lega Nord. Sein Rechtsblock hat mit 29,18 Prozent im Abgeordnetenhaus nur knapp die Mehrheit verpasst, jedoch die meis-



Ein nun noch mehr beachteter Beppe Grillo

Foto: AFP/Fabio Muzzi

ten Sitze im Senat errungen. Die zweite Parlamentskammer wird nach Bevölkerungsstärke der einzelnen Regionen besetzt. Doch auch Berlusconi verpasste hier die absolute Mehrheit von 158 Sitzen mit seinen 116 Senatorenplätzen deutlich. Eine Mehrheit in beiden Häusern, die für eine rasche Regierungsbildung vonnöten wäre, hat keines der Bündnisse erreicht.

Die radikale Linke muss sich wie der im Dezember zurückgetretene Ministerpräsident Mario Monti zu den Verlierern zählen. Die »Zivile Revolution« des ehemaligen Antimafia-Staatsanwalts Antonio Ingroia verpasste mit 2,25 Prozent deutlich die Vier-Prozent-Hürde für das Abgeordnetenhaus. Montis Zentrum kam auf nur 10,56 Prozent der Stimmen.

»Die Linken haben offensichtlich vergessen, wie man mit den Bürgern zusammen Politik macht«, kommentierte der Politikwissenschaftler Franco Cazzola das ernüchternde Ergebnis. Während sich Antonio Ingroia bei seinen Anhängern bedankte und via Kurznachrichtendienst Twitter mitteilte, »unsere zivile Revolution hört hier nicht auf«, erklärte Nichi Vendola Grillo zum »wahren Wahlsieger«, ohne jedoch auf die eigenen Verluste in Apulien, wo er Regionalpräsident ist, einzugehen.

Ob die Wahl mehr als einen Pyrrhussieg für Bersani bringt, werden erst die nächsten Tage voller Verhandlungen hinter verschlossenen Türen zeigen. »Wir werden Verantwortung zeigen«, sagte Bersani und schloss damit weder Neuwahlen noch eine große Koalition mit Berlusconi aus.

Die »europäischen Partner« machen derweil Druck. Bundesregierung und EU-Kommission forderten Rom zur Einhaltung der Spar- und Reformzusagen sowie zu einer raschen Regierungsbildung auf.

Tagesthema Seite 2

KURZ

Raketenangriff auf Südisrael

Jerusalem (AFP). Erstmals seit der Vereinbarung eines Waffenstillstands zwischen Israel und der im Gaza-Streifen herrschenden Hamas vor drei Monaten ist ein Raketenangriff auf den Süden Israels verübt worden. Eine Rakete war am Dienstagmorgen in der Nähe von Aschkelon eingeschlagen. Es gab keine Verletzten, lediglich Straßenschäden. Seite 7

Opposition boykottiert Wahl

Kairo (AFP). Das wichtigste Oppositionsbündnis in Ägypten will die im April beginnende Parlamentswahl boykottieren. Die Entscheidung sei einstimmig gefallen, teilte die Nationale Heilsfront am Dienstag mit.

Türkei verurteilt

Straßburg (AFP). Mehr als 16 Jahre nach dem spurlosen Verschwinden von fünf Türken während eines Militäreinsatzes gegen mutmaßliche kurdische Rebellen hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Türkei verurteilt. Zugleich wiesen die Richter die Regierung in Ankara am Dienstag an, den Angehörigen der Verschwundenen insgesamt 100 000 Euro Schmerzensgeld zu zahlen.

Frauendemo in Saudi-Arabien

Riad (dpa). Frauen haben in Saudi-Arabien für die Freilassung ihrer zum Teil schon seit Jahren inhaftierten Ehemänner demonstriert. Die 38 Frauen und zehn Kinder wurden in Buraida nördlich von Riad von der Polizei eingekesselt, nachdem sie vor einem Einkaufszentrum Transparente entrollt hatten.